



Frankreich erlebt an diesem Sonntag eine politische Gemengelage, in der sich internationale Krisen, strategische Unsicherheit und die Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahl 2027 zunehmend überlagern. Der Krieg in der Ukraine bleibt das dominierende außenpolitische Thema. Gleichzeitig beginnt sich die politische Klasse sichtbar auf die Zeit nach Emmanuel Macron einzustellen. Besonders Édouard Philippe tritt immer deutlicher als möglicher Nachfolger des Präsidenten hervor.

## Ukraine-Krieg verändert Frankreichs strategisches Denken

Der Krieg in der Ukraine prägt inzwischen nahezu sämtliche sicherheitspolitischen Debatten in Paris. Die russischen Feierlichkeiten zum 9. Mai, Diskussionen über Waffenstillstände und neue Spannungen zwischen Moskau und dem Westen werden in Frankreich aufmerksam verfolgt. Hinter den diplomatischen Stellungnahmen wächst vor allem eine grundsätzliche Sorge: Europa könnte dauerhaft in eine Phase geopolitischer Instabilität eintreten.

Die französische Regierung spricht längst offen über Aufrüstung, europäische Verteidigungsfähigkeit und militärische Eigenständigkeit. Der Ukraine-Krieg hat in Frankreich ein sicherheitspolitisches Umdenken ausgelöst. Begriffe wie „strategische Autonomie“, „Kriegswirtschaft“ oder „Souveränität Europas“ sind längst Teil des alltäglichen politischen Vokabulars geworden.

Auch innerhalb der französischen Streitkräfte verändert sich die Denkweise. Der massive Einsatz von Drohnen, elektronischer Kriegsführung und hybriden Angriffen in der Ukraine gilt als Warnsignal für die französische Militärplanung. Paris analysiert den Konflikt inzwischen nicht mehr nur als regionale Krise, sondern als mögliches Modell zukünftiger europäischer Kriege.

Präsident Macron nutzt diese Entwicklung, um Frankreich als zentrale Macht Europas zu positionieren. Seine Botschaft bleibt konsistent: Europa müsse lernen, sicherheitspolitisch unabhängiger von den Vereinigten Staaten zu werden. Gerade vor dem Hintergrund möglicher politischer Veränderungen in Washington gewinnt dieses Argument in Paris an Gewicht.



## Édouard Philippe positioniert sich für 2027

Während die Außenpolitik dominiert, beginnt sich im Hintergrund bereits der Präsidentschaftswahlkampf für 2027 abzuzeichnen. Besonders auffällig agiert derzeit der frühere Premierminister Édouard Philippe.

Offiziell hat Philippe seine Kandidatur bislang nicht erklärt. Politisch verhält er sich jedoch längst wie ein Bewerber um den Élysée-Palast. Landesweite Auftritte, programmatische Interviews und die sorgfältige Inszenierung staatsmännischer Ruhe gehören inzwischen zu seiner Strategie.

Philippe versucht, sich als Gegenmodell zu Macron zu präsentieren — weniger impulsiv, weniger konfrontativ und stärker auf Stabilität ausgerichtet. In einem politisch erschöpften Frankreich könnte genau dieses Profil attraktiv werden. Viele Wähler sehnen sich nach Berechenbarkeit und institutioneller Ruhe nach Jahren sozialer Spannungen, Protestbewegungen und internationaler Krisen.

Gleichzeitig bleibt das politische Zentrum fragmentiert. Mehrere konservative und liberale Politiker bringen sich für 2027 in Stellung. Innenminister Gérald Darmanin, Laurent Wauquiez oder Xavier Bertrand verfolgen jeweils eigene Machtstrategien. Die französische Rechte ist organisatorisch zersplittert, während das Macron-Lager noch keine klare Nachfolgeordnung besitzt.

Das macht Philippe derzeit besonders interessant: Er erscheint vielen Beobachtern als Kandidat, der sowohl Teile des liberalen Macron-Lagers als auch gemäßigte Konservative ansprechen könnte.

## Das schleichende „fin de règne“ Macrons

Im Hintergrund dieser Entwicklungen steht eine psychologische Veränderung innerhalb der französischen Politik: Das Land beginnt sich auf das Ende der Ära Macron einzustellen.

Formal bleibt Macron bis 2027 Präsident. Politisch jedoch sprechen viele Beobachter bereits von einem „fin de règne“ — dem schleichenden Ende einer Herrschaftsepoche. Seine innenpolitische Autorität wirkt schwächer als noch zu Beginn seiner zweiten Amtszeit. Die Rentenreform, gesellschaftliche Polarisierung und die schwierige Mehrheitslage im Parlament haben seine Machtbasis erodieren lassen.



Gleichzeitig versucht Macron, seine politische Rolle über die internationale Bühne zu stabilisieren. Außenpolitische Themen bieten ihm weiterhin die Möglichkeit, Führungsanspruch zu demonstrieren: Ukraine, europäische Sicherheit, Nahost oder Energiepolitik.

Gerade darin liegt jedoch ein bemerkenswerter Widerspruch der gegenwärtigen französischen Politik. Während Macron international weiterhin aktiv und sichtbar bleibt, richtet sich der innenpolitische Blick bereits zunehmend auf die Zeit danach.

## Sorge vor neuer Eskalation im Nahen Osten

Neben der Ukraine wächst in Paris auch die Nervosität über die Lage im Nahen Osten. Französische Regierungsvertreter diskutieren offen die Folgen einer regionalen Eskalation — insbesondere mit Blick auf Energiepreise, Handelsrouten und die Straße von Hormus.

Frankreich gehört traditionell zu den europäischen Staaten mit besonders intensiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in die Region. Entsprechend aufmerksam verfolgt Paris jede Verschärfung zwischen Iran, Israel und den Golfstaaten.

Die Sorge ist dabei weniger eine einzelne Krise als vielmehr die Möglichkeit mehrerer paralleler Schocks: ein fortdauernder Krieg in der Ukraine, Spannungen im Nahen Osten, wirtschaftliche Schwäche in Europa und gleichzeitig zunehmende innenpolitische Polarisierung.

Diese Gleichzeitigkeit verschiedener Krisen verändert die politische Grundstimmung des Landes. Frankreich diskutiert nicht mehr nur einzelne Konflikte, sondern zunehmend die Frage, wie widerstandsfähig Staat und Gesellschaft in einer dauerhaft instabilen Weltordnung bleiben können.

## Frankreich zwischen Machtanspruch und Unsicherheit

Hinter den aktuellen Debatten steht letztlich eine größere strategische Frage: Welche Rolle will Frankreich in einem geopolitisch unsicheren Europa künftig spielen?

Frankreich versteht sich traditionell als militärischer und diplomatischer Kern Europas — als Atommacht, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und einzige große Militärmacht der EU



mit globalem Anspruch. Der Krieg in der Ukraine verstärkt dieses Selbstverständnis zusätzlich.

Gleichzeitig wächst jedoch das Gefühl, dass Europa insgesamt in eine deutlich härtere Epoche eintritt. Jahrzehnte relativer Stabilität scheinen aus französischer Sicht zu Ende zu gehen. Sicherheitspolitik, wirtschaftliche Resilienz und strategische Unabhängigkeit rücken deshalb ins Zentrum nahezu aller politischen Debatten.

Genau deshalb hängen die Diskussionen über Macron, Édouard Philippe, die Ukraine oder den Nahen Osten eng zusammen. Sie kreisen letztlich um dieselbe Grundfrage:

Wie regiert man Frankreich in einer Zeit, in der Europa seine geopolitische Unschuld verloren hat?

Autor: P. Tiko